

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verlaggeber und verantwortl. Redakteur **Johann Michow**,
Wien, I. Reuss-Rathaus.

25. Jahrgang, Wien, Mittwoch, 9. Juli 1919, Nr. 285

Kartoffelabgabe Donnerstag, Freitag und Samstag werden in den Bezirken 10 und 12 Kartoffeln und zwar 1 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Abschmittes A der neuen Kartoffelkarte abgegeben.

Wiener Gemeinderat
Sitzung am 9. Juli 1919.

Vorsitzender **BGM. Reumann** verliest den Spendeneinlauf:

Gespendet haben: Herr und Frau Jerome Stenborough für die Aktion Kinder in die Schweiz 20.000 Kronen, die Firma Pittinger & Co. für Pürsergezwecke 5000 Kronen, die Herren StR. Heinrich Schmid, Landtagsabgeordneter Dir. Georg Philip, StR. Johann Alfred Brauer und GR. Emil Fanesch, anlässlich der an sie erfolgten Verleihung des taxfreien Bürgerrechtes der Stadt Wien, bzw. des Bürgerrechtes der Stadt Wien mit Rücksicht der Taxen für die Armen des 4. Bezirkes je 200 Kronen, d. i. 500 Kronen, Die Erben nach Herrn Josef Knapp, gew. Fabriks- und Realitätenbesitzer für die Armen des 6. Bezirkes 200 Kronen, Ignatz Vecelka anlässlich der Verleihung des Bürgerrechtes der Stadt Wien für die Armen des 14. Bezirkes 100 Kronen und Karl Schwarzbach für die Armen des 6. Bezirkes 100 Kronen.

BGM. Reumann: Vom Wirtschaftsverband Liesing (Südbahngemeinden) ist eine authentische Sachverhaltsdarstellung zur Interpellation des VB. Hoss, resp. zu seiner Beantwortung in der letzten Gemeinderatsitzung wegen Freigabe von 39.000 kg Schweinefleisch eingelangt. Dieselbe lautet: Was die Vorgeschichte betrifft, so beruht die Interpellation auf einseitiger Information, deren Urheberschaft zweifellos auf die amtliche Uebernahmestelle, resp. den ihr angegliederten d. B. Wirtschaftsverband für Viehverkehr zurückzuführen ist. Der Sachverhalt ist folgender: Anfangs Mai hat eine jugoslawische Firma, die die Ausfuhrbewilligung für 360 Schweine nach Deutschösterreich besass, wiederholt der Uebernahmestelle diese Ware in legaler Weise zum Kaufe angeboten. Die Firma hat die Schweine bereits im Frühjahr gekauft, um welche Zeit die dortigen Preise sehr hohe waren. Das Anbot der Uebernahmestelle konnte der Verkäufer nicht akzeptieren. Nach einiger Zeit erschien bei der Lieferantin der Vertreter der Impex mit der Mitteilung, dass seine Firma in der Lage wäre, die Schweine zu bedeutend höheren als den der amtlichen Uebernahmestelle angebotenen Preis zu offerieren. Er stellte die Bedingung, dass der Kauf durch seine Firma erfolgen müsse und dass nicht die Hauptanstalt in Wien, sondern die Zweigstelle der Uebernahmestelle in Wiener Neustadt als Käufer fungieren müsse. Der Lieferant schloss nunmehr das Kaufsübereinkommen ab. Der Verkäufer urgirte hierauf wiederholt in Wiener Neustadt die Uebernahme, ohne jedoch eine Eriedung zu erhalten. Da der Verkäufer Gefahr lief, einen Theil der Ware verlustig zu werden, trat die Gesellschaft mit dem Wirtschaftsverband Liesing in Fühlung. Die erste Verladung erfolgte anfangs Juni, als auf einmal von der amtlichen Uebernahmestelle in Wiener Neustadt ein Abgesandter erschien und die Ware verladen wollte. Anscheinend war dieser Abgesandte ein Herr Bendek von der Firma Brüder Bendek, Schweinegrosshandlung, davon unterrichtet worden, dass die Ware bereits an dem Wirtschaftsverband verkauft werden sei und wollte dies hintertreiben. Hierauf machte die Zweigstelle Wiener Neustadt Anstrengung durch Preisüberbiete und Bestechungsversuche in Form von Prämien die Ware zu erlangen, welche Versuche jedoch scheiterten. Von verschiedenen Seiten wurde darauf die Beschlagnahme der nächsten Schweinesendungen

angekündigt. Um sich gegen derartige Ueberraschungen zu schützen, gab der Wirtschaftsverband dem Ernährungsamt eine Sachverhaltsdarstellung, in der darauf hingewiesen wurde, dass in Falle der Beschlagnahme Gemeindegelder verloren gehen und in Agram bereits geleistete grosse Zahlungen verfallen könnten. Auch Herr Bürgermeister Reumann ist sichtlich einseitig fermiert,

denn von einem „gesetzwidrigen Verhalten“ der in Betracht kommenden Stellen kann nicht die Rede sein, im Gegenteil hat das Ernährungsamt eine schon aufgegeben bedeutend höhere Fleischmenge dem Wirtschaftsverband geradezu gerettet. Auch die Fleischversorgung Wiens konnte hierdurch nicht „empfindlich geschädigt“ werden, da es sich um eine Aktion der Zweigstelle Wiener Neustadt handelte, die sich niemals bis auf Wien erstreckt hätte. Unerklärlich ist es, wie Herr VB. Hoss behaupten konnte, dass das Fleisch „zu horrenden Preisen“ in den Konsum gelangte, denn es kam den Detailabnehmern in geschlachtetem Zustande billiger zu stehen, als die amtliche Uebernahmestelle für das Lebengewicht an der Grenze angeboten hatte. Die Lieferung für den Liesinger Wirtschaftsverband hat auf die Preishöhe keinen Einfluss genommen und ein Quantum von 360 Schweinen spielt bei dem ausserordentlichen Bedarf so gut wie keine Rolle. Es wird nun unsere Sache sein, den Nachweis zu führen, dass nur unsere private Initiative in der Lage war, die vorliegenden Quantitäten über die Grenze zu bringen und den direkten Konsum mit Umgehung jeglicher verteuender Zwischenstelle zuzuführen.“

Auf eine Anfrage der GRin. **Anna Wiesel** aus der letzten Sitzung, betreffend die Beschränkung der Benutzung der städtischen Strombäder durch Schulkinder ausserhalb der Ferienzeit teilt der Bürgermeister mit, dass der Bademeister des Bades in Nussdorf wohl erwidert habe, dass das Baden bis 2 Uhr nachmittags möglich sei, weil an schönen Tagen um diese Zeit das Bad schon voll besetzt sei. Er habe nur betonen wollen, dass für ganze Schulen am Nachmittag nicht die Möglichkeit bestehe, Baden zu können. Seitens der Betriebsleitung hat der Bademeister den Auftrag bekommen, auch nachmittags Schulkinder in Gruppen nach Massgabe der vorhandenen Plätze baden zu lassen.

Auf eine Anfrage der GR. **Gabriele Walter** aus der letzten Sitzung wegen Verwendung von Wohnungen zur Aufbewahrung von Möbeln und dgl. teilt der Bürgermeister mit, dass bereits Massnahmen eingeleitet wurden, um die Anforderung dieser Räume planmässig durchzuführen.

Bgm. Reumann bringt einen Bericht des Stadtbauamtes über die Vergebung von Bauarbeiten zur Kenntnis. Unter Berücksichtigung der in früheren Berichten angeführten Beträge beziffert sich die Gesamtsumme der bisher zur Ausschreibung gelangten Arbeiten mit rund 24.8 Millionen Kronen. Die Gesamtsumme der bisher an Unternehmer vergebenen Arbeiten beträgt rund 14.2 Millionen Kronen. Bei den im Gange befindlichen städtischen Arbeiten wurden in der Woche vom 30. Juni bis 5. Juli seitens der Ersterer nahezu 5200 Arbeiter beschäftigt und ist eine Erhöhung des Arbeiterstandes zu erwarten.

Schriftführer **GR. Hammerschmitt** verliest den Einalauf.

GR. Dr. Plaschkes weist unter Vorlage von Flugzetteln und Klebemarken auf die Hetze hin, die gegen die Juden getrieben wird, und fragt, ob der Bürgermeister als Oberhaupt der grössten Stadt Deutschösterreichs als verantwortlicher Hüter der Sicherheit von mehr als 2 Millionen Menschen vor der ganzen Öffentlichkeit diesen hetzerischen Angriffen gegen die Juden mit derselben Entschiedenheit und Entrüstung entgegen zu treten, wie es z. B. der Linzer Arbeiterat jüngst in einem ähnlichen Fall ungesäumt getan hat.

Bgm. Reumann: Der Interpellation liegen Klebezettel mit verschiedenen Inschriften und ein Flugzettel bei, indem gesagt wird, dass der Vernichtungsfriede ein Werk der Juden ist. Ich glaube, dass es nicht interessant ist, dass ich Ihnen diese zur Verlesung bringe. Es ist tief bedauerlich, dass in dieser schicksalschweren Zeit eine gewisse Clique sich derartige verhetzende, die Bevölkerung aufregende Dinge erlaubt. Es muss dieses Beginnen auf das Schärfste verurteilt und tief verabscheut werden. Gerade in der jetzigen Zeit, wo wir so viel Zündstoff angehäuft haben, gibt es eine gewissenlose Clique, die mehr Zündstoff anzukäufen. Öffentlich wird im Betretungsfalle gegen die Ver-

breiter solcher verhetzender Flugschriften die In der Gegenwart geboten ist, vorgegangen werden. Ich möchte aber noch bemerken, dass in Wien nicht der Boden für eine derartige Hetze gefunden zu werden kann und ich bin vollkommen überzeugt davon, dass die Massen der Arbeiterschaft sich nicht zu Jüdenbegreiffen hinarbeiten lassen werden. Ich glaube es genügt, wenn in öffentlicher Gemeinderatsitzung der Versuch zur Aufkündigung auf das Schärfste verurteilt wird.

GR. Preyer weist auf die Verzerrung der Agenden in der städtischen Hauptkasse hin und betont, dass infolge von Pensionierungen und Versetzungen die Zahl der Beamten und Angestellten stark verringert wurde. Er fragt, warum eine Ergänzung der fehlenden Beamten und Kanzleikräfte noch nicht vorgenommen wurde und ob der Bürgermeister geneigt ist, das Erforderliche zu veranlassen, damit die laufenden Amtsgeschäfte der Hauptkasse nicht durch das Fehlen einer genügenden Zahl Beamter und Kanzleikräfte ins Stecken geraten.

BGM. Reumann: Nach dem vorliegenden Berichte ist von den systematisierten Stellen der städtischen Hauptkasse derzeit nicht eine unbesetzt. Die Anzahl der Hilfsbeamtinnen hat sich etwas verringert, doch sind noch immer 95 weibliche Hilfskräfte in Verwendung. Ueberdies wurden für vorübergehende Mehrarbeiten 32 männliche Hilfskräfte eingestellt. Eine Neuaufnahme von Kräften für die Hauptkasse erscheint demnach derzeit nicht notwendig. Es gilt hier dasselbe, was ich bereits wiederholt gesagt habe. Wenn die Herren Interpellanten sich vorher erkundigen würden, ob sie richtig informiert sind, würden wir manche Zeit im Gemeinderat ersparen. Ich muss gestehen, dass ich die Besorgnis, dass wir zu wenig Beamte haben, nicht teile, Ich möchte von Herzen wünschen, dass ein Abbau der grossen Zahl von Beamten möglich wäre, und es ist nicht gut, dass solche Interpellationen eingebracht werden, die zu dem Glauben verleiten, dass immer noch zu wenig Beamte sind.

GR. Dr. Grün weist darauf hin, dass der jüdische Religionsunterricht in den Wiener Volksschulen am Sonntag vormittags stattfindet, wogegen schon seit Jahren seitens der Eltern, Aerzte, Lehrer und Kinder Widerspruch erhoben wurde. Er fragt, ob dem Bürgermeister bekannt ist, dass an diesem Unterricht noch immer festgehalten wird und ob er geneigt ist, dahin zu wirken, dass der Religionsunterricht am Sonntag vormittags schon in der nächsten Schulperiode abgestellt wird.

BGM. Reumann: Die in der Anfrage berührte Angelegenheit fällt ausschliesslich in die Kompetenz der Schulbehörden und des Vorstandes der israelitischen Kultusgemeinde. Ich werde die Anfrage als Antrag behandeln und dem Bezirksamtschulrat übermitteln.

GR. Dr. Grün bespricht die unnötige Bepackung der Schulkinder und Mittelschüler mit Schulutensilien und fragt, ob der Bürgermeister den Bezirksamtschulrat zur Abschaffung dieser Zustände veranlassen wolle, ob er dem Landesschulrat Mitteilung in dieser Frage machen wolle und ob er gewillt ist, durch Vorschriften vorzubeugen, dass die Schüler nicht gezwungen sind, Behelfe für alle ausnahmsweisen Unterrichtsgegenstände mitzunehmen.

BGM. Reumann: Ich werde die Anfrage sowohl dem Bezirksamtschulrat, als auch dem Landesschulrat zur weiteren Veranlassung mitteilen.

GR. Zimmerl betont in einer Interpellation, dass in der letzten Sitzung des Gemeinderates während der Debatte über die Bewilligung eines Betrages von 38.000 Kronen für die Ausgestaltung des Schlachthauses St. Marx von der Frau GR. Fleischner unbegründete Verwürfe gegen die Fleischhauerschaft erhoben wurden, auf die der Referent nicht reagierte und fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, in Zukunft Grundlosen und ungerechtfertigten Angriffen gegen einen ganzen Stand gleich im Laufe der Debatte entgegenzutreten, dafür zu sorgen, dass die einzelnen Redner nur zum Gegenstande sprechen und in der Debatte gar keine Anträge zurulassen,

die mit dem Gegenstande, zu dem sie gestellt wurden, im Zusammenhang stehen.

BGM. Reumann: Diese Anfrage veranlasst mich, den Herrn GR. Zimmerl zu raten, dass er künftig in solchen Fällen von seinen Rechte zu sprechen Gebrauch macht und die vorgebrachten Behauptungen auf Grund seiner Erfahrungen widerlegt. Dazu ist im Gemeinderat reichlich Gelegenheit gegeben und es bedarf nicht erst einer Interpellation, damit nachträglich eine Widerlegung erfolgt. Ich muss aufrichtig gestehen, es ist ein etwas komischer Vorfall, der sich mit dieser Interpellation ereignet hat. Uebrigens habe ich während dieser Rede den Vorsitz nicht geführt und ich habe keine Ursache, meinen Stellvertreter Herrn VB. Demerling wegen der Führung des Vorsitzes in irgend einer Weise zu korrigieren.

GR. Zimmerl weist darauf hin, dass seitens der städtischen Steuerbehörden die Entrichtung der Landes- und Gemeindeumlagen unter Androhung der Auferlegung von Verzugszinsen, bzw. der Verschreibung von solchen und Androhung des Zwangsverfahrens betrieben wird, und fragt, ob der Bürgermeister sofort die notwendigen Verfügungen wegen Einstellung solcher Betreibungen ergreifen lassen wolle.

BGM. Reumann: Bezüglich der nicht auf Grundlage der Staatssteuer bemessenen Gemeindeabgaben wurde von der Gemeinde eine Stundung bisher nicht ausgesprochen. Sollte seitens der Steueramtsabteilungen gegen die Vorschriften gehandelt worden sein, so werden die ungebührlich berechneten Zinsen rückzuerstatten sein. Um allen Klagen vorzubeugen, werden von der Magistratsabteilung 19 die bestehenden Vorschriften in Erinnerung gebracht.

GR. Skaret führt in einer Interpellation aus, dass einem Sanitätsdiener von dem städtischen Oberbezirksarzt, trotz ärztlicher Eignung die Aufnahme in den Dienst unter der Bedingung in Aussicht gestellt wurde, wenn der Sanitätsdiener eine Erklärung abgibt, sich keiner Organisation anzuschließen und sich an keinen Streik zu beteiligen und fragt, ob der Bürgermeister bereit sei, diesen Fall untersuchen zu lassen und den Oberbezirksarzt zu belehren, dass sein Vorgehen mit den Aufgaben eines Leiters des Gesundheitsamtes unvereinbar sei und nicht geduldet werden darf.

BGM. Reumann: Ich werde den Fall untersuchen und nach Massgabe des Ergebnisses der Untersuchung die entsprechenden Verfügungen treffen. Der Herr GR. Skaret kann versichert sein, dass die Angelegenheit genauest überprüft werden wird. Ich habe bereits wiederholt erklärt, dass das Gemeinderatspräsidium stets für die Volkskoalitionsfreiheit der Arbeiterschaft eintreten wird. Es wird auch mein Bestreben sein, dass solche unbedachte Aeusserungen, die geeignet sind, Erregung unter der Arbeiterschaft hervorzurufen, in Zukunft unterbleiben werden.

GR. Wittmann fragt, ob der Bürgermeister an massgebender Stelle veranlassen wolle, dass die in der Doppelschule Felberstrasse, die vom Militär geräumt ist, sich in Hofe dieser Schule befindliche Baracke abgebrochen und der Hofraum geräumt wird.

BGM. Reumann: Von der Pfingstbautenverwertungsgesellschaft wurde die Vernahme der Schätzung der Baracke unter Bekanntgabe des Verkaufspreises zugesagt. Ich werde den Magistrat beauftragen, die Verhandlungen zu beenden und die Entfernung der Baracke zu veranlassen.

GR. Gabriele Walter fragt, ob der Bürgermeister veranlassen werde, dass die geeigneten Massnahmen getroffen werden, um für die Schülerinnen der Volks- und Bürgerschulen das notwendige Handarbeitsmaterial zu beschaffen, damit im kommenden Schuljahr wieder der lehrplanmässige Handarbeitsunterricht aufgenommen werden kann.

BGM. Reumann: Mit Rücksicht darauf, dass die Frage der Beteiligung der Schulkinder mit Lernmittel durch die Gemeinde beim Magistrat in Verhandlung steht, wozu auch Handarbeitsmaterial gehört, werde ich die vorliegende Anfrage dem Magistrat als Anregung zur Berichterstattung zuweisen.

GR. Rudolphe Fleischner weist auf die Schwierigkeiten der Kohlenverhandlungen hin und fragt, was der Bürgermeister im Sinne der Schaffung eines genügenden Vorrates von Brennholz zu tun gedenke.

BGM. Reumann: Die Gemeinde Wien hat mit zahlreichen Gutsbesitzern Niederösterreichs Absteckungsverträge geschlossen. Der Abtransport des Holzes ist bereits im Gange und wenn die Verkehrsverhältnisse halbwegs günstig sind, wird es in der kommenden Heizperiode bereits Verwendung finden. Auch in der Umgebung Wiens, im Lainzer Tiergarten, in der Lobau, im Ottakringer und Hütteldorfer Wald, in Purkeradorf und Rekawinkel werden Holzschlägerungen vorgenommen und dürfte auch dieses Holz zu Beginn des Winters in Wien sein. Die Gemeinde würde hierauf über eine Menge von rund 118.000 Raummeter Holz verfügen. Gegenwärtig liegen auf den Wiener Lagerplätzen 20.000 Raummeter, doch muss hervorgehoben werden, dass derzeit mangels entsprechender Kohlenvorräte der Küchenbrand durch Brennholz der Gemeinde ersetzt werden muss.

GR. Broczyner verlangt in einer Anfrage die Beseitigung der sanitären Uebelstände im Gaswachzimmer in der Ballgasse und die Ausfindigmachung eines Lokales.

BGM. Reumann: Das Wachzimmer in der Ballgasse wird in absehbarer Zeit aufgelassen werden.

GR. Jenschik beanstandet, dass die Anweisungformulare für den Bezug erhöhter Fett-, Zucker- u.s.w. Quoten bei den magistratischen Bezirksämtern erhältlich sind und von dort von den Parteien erst in die Zentrale für Krankenernährung im Rathause gebracht werden müssen, was eine Verzögerung in der Zuweisung bedeutet und fragt, ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass die Formulare durch die Bezirksämter an die Zentralstelle geleitet werden.

BGM. Reumann: Die vorliegende Interpellation würde eine Aenderung des bisherigen Vorganges in sich schliessen, über deren Zweckmässigkeit und Durchführbarkeit erst mit den beteiligten Aemternvereinbarungen getroffen werden müssen.

GR. Rudolf Müller (17) spricht in einer Anfrage, dass auf dem Pachtgute Deutsch Altenburg im Vorjahre durch Verschulden des Verwalters ein Teil der Feldfrüchte verdorben sei, dass der Herr Verwalter sich in seiner Nervosität an den Arbeitern zu Auftritten und Handgreiflichkeiten verhalten lasse und erhebt Klage über die schlechten Wohnungsverhältnisse der Arbeiterschaft, insbesondere wegen der Wohnung des Oberschweizer und ersucht, das Pachtgut durch eine Kommission kontrollieren zu lassen und die Misstände abzustellen.

BGM. Reumann verliest einen Bericht des Landwirtschaftsamtes, der besagt, dass die Gemeinde Wien erst im Februar 1918 die Bewirtschaftung des Gutes Deutsch Altenburg übernommen und den als tüchtig empfohlenen Verwalter Gössel in die Dienste der Gemeinde übernommen habe. Was das Verderben der Feldfrüchte anlangt, so habe Gendamerikommando bei der eine gleiche Beschuldigung erhoben wurde, festgestellt, dass die verdorbene Gerste nicht der Gemeinde Wien gehöre. Hingegen seien Kartoffelrücker im Ausmass von einem halben Joch infolge hohen Wasserstandes überschwemmt worden und konnte nicht abgestellt werden, wofür der Verwalter nicht verantwortlich gemacht werden kann. Der Bericht schildert Gössel als erfahrenen und braven Oekonomiebeamten, der sich durch sein allzu energisches Auftreten mancherlei Feindschaft unter den Angestellten zugezogen hat. Von Handgreiflichkeiten sei dem Landwirtschaftsamte nichts bekannt. Der Bericht gibt auch zu, dass die Wohnungsverhältnisse auf dem Gutshof den Anforderungen nicht entsprechen und versichert, dass infolge der Interpellation sofort an Ort und Stelle persönlich seitens der Direktion des Landwirtschaftsamtes direkt interveniert werden werde.

GR. Huber bespricht die Vorgänge beim Verkaufe der Frühkartoffel in einzelnen Geschäften des 14. Bezirkes, wo der Arbeiterrat den Verkauf unter seine Kontrolle gestellt hat und von dem Kaufmann verlangt, dass er die Arbeiter die den Verkauf durchführen, widerigensfalls für die Ruhe und Sicherheit des

Geschäftes keine Haftung übernommen wird. Er fragt, was der Bürgermeister zu tun gedenkt, dass in Zukunft derartige Missstände gesetzlich bestrafend Handlungen unterbleiben und nur die gesetzlichen Vorschriften gehandhabt werden.

BGM. Reumann: Ich werde über die Angelegenheit Berichtigungen pflegen lassen und in der nächsten Sitzung berichten.

GR. Dr. Scheu regt zur Linderung der Wohnungsnot die Schaffung von Mansardenwohnungen an und beantragt die Novellierung der Bauordnung im Sinne der Zulassung von Mansardenwohnungen unter den entsprechenden Voraussetzungen, die Zusage der Umlagenfreiheit zur staatlichen Gebäudesteuer in der Dauer von 10 bis 15 Jahren, längstens aber bis zur Amortisierung der Herstellungskosten und Einleitung von Schritten bei Stadt und Land, damit auch von diesen die Abgabefreiheit zugesichert werde und die Ergänzung der Bestimmungen über die Anforderung von Wohnungen in dem Sinne, dass zur Herstellung von Dachwohnungen eine Anforderung von Dachböden in beschränktem Umfang, eventuell gegen entsprechende Herabsetzung des Mietzinses stattfinden dürfe.

GR. Schleifer beantragt die Ausdehnung des Mieterschutzgesetzes auf die Wohnungen der Hausbesorger.

GR. Skaret stellt den Antrag, die §§ 38, 40 und 42 der Bestimmungen über die Vorschriften für die Armenpflege dahin abzuändern, dass das Bezirksarmeninstitut wohl das Recht hat, Vorschläge für die Wahl der Armehülfe zu erstatten, dass jedoch der Bezirksvertretung in der Auswahl der Personen keinerlei Beschränkung auferlegt wird.

GR. Marie Kramer beantragt, der Gemeinderat wolle folgende Beschlüsse fassen: Zur Erleichterung sämtlicher auf das Siedlungsgebiet in Wiener Gemeindegebiet und Umgebung bezügliche Frage ist ein dem Wohnungsamt anzugliederndes Siedlungsamt zu schaffen. Dem Siedlungsamt sind Delegierte gemeinnütziger Korporationen, wie der deutschösterreichischen Gärtenstadtesellschaft, des Reichverbandes der gemeinnützigen Baugesenossenschaften, des Vereines der Naturfreunde und des Heimatschutzverbandes beizuziehen. Die von der Staatsregierung bestellte Verwaltung des Hofrars ist zu ersuchen, sämtliche auf das Siedlungswesen bezughabenden Fragen nur im Einvernehmen mit dem städtischen Siedlungsamt zu lösen. Speziell der Frage der Bestimmung des südöstlichen Teiles des Lainzer Tiergartens ist im Einvernehmen mit den genannten Organisationen näher zu treten, damit eine vollkommen unparteiische und soziale Lösung erreicht wird.

GR. Baer beantragt die Wiedererrichtung der Halbtelle auf der Kaiser Franz Josefbrücke nächst dem Inundationsdamm.

GR. Grünfeld beantragt die Wiedererrichtung der Strassenbahnhaltestelle Eoke Förstergasse und unter Augartenstrasse.

GR. Ferstner stellt den Antrag, die Fahrpreisbestimmungen der Strassenbahnen für das Tarifgebiet 1 so abzuändern, dass die Rückfahrkarten an Samstagen schon ab 1 Uhr mittags Gültigkeit haben.

GR. Grünfeld beantragt die Räumung des Schulgebäudes in der unteren Augartenstrasse 3 von der Stadtwache und die Instandsetzung des Gebäudes für das nächste Schuljahr.

GR. Dr. Alma Seitz beantragt, die Bezirkswirtschaftsstelle 3 anzuweisen, jugendlichen Personen im Alter von 6 bis 14 Jahren das ihnen zukommende Milchquantum zuzuwenden. Sollte dies wegen des Milchmangels nicht möglich sein, so soll die Gemeinde an die amerikanische Kinderauspeisungsaktion mit dem Ersuchen herantreten, dass allen Schulkindern durch die genannte Aktion und aus ihren Vorräten täglich $\frac{1}{2}$ Liter Milch als 10 Uhr Jause verabreicht wird.

GR. Feldmann stellt den Antrag, die Staatsregierung aufzufordern, den Abbruch der Reasauer Kaserne raschestens in die Wege zu leiten und das durch den Abbruch gewonnene Material der Gemeinde zur Ausführung von Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen.

Die Anträge werden der geschäftserdungs-mässigen Behandlung zugewiesen. Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Emmerling erstattet den Verwaltungsbericht der städtischen Strassenbahnen über das Betriebsjahr 1917/18 und führt aus: Der Bericht betrifft eine Zeit, die längst hinter uns ist. Es war die Mitte des Krieges und das kommt auch dadurch zum Ausdruck, dass 5976 Personen eingedrückt waren. Trotzdem betrug der Stand 7490 weibliche Angestellte und 6356 Männer, so dass der gesamte Personalstand über 19000 Kräfte ausmachte. Die Zahl der beförderten Personen ist von 458 Millionen, auf 557 Millionen daher um 99 Millionen trotzdem die Wagenkilometer Leistung von 108'4 Millionen auf 106'6 Millionen zurückgegangen ist und eine Verminderung der Trieb- und Anhängewagen um ca. 70 Wagen zu verzeichnen gewesen ist. Das Material ist also ungeheurer ausgenutzt worden und es wird sich im Berichte über das Verwaltungsjahr 1918/19 die ganz besondere Ausnützung der Strassenbahn bemerkbar machen. Im Berichtsjahre wurden 205.000 von den Bahnhöfen und Spitalern wundete Soldaten/uneingelöst befördert. Die Strassenbahn kommt aber nicht nur für den Personenverkehr in Betracht, sondern sie hat auch einen ganz ausserordentlichen Lastenverkehr. Die Frachtenbeförderung für die Heeresanstalten beanspruchte 18.842 Wagen mit 46.748 t. Für die Gemeinde Wien wurden verschiedene Verpflegungsgüter, Kohle, Lebensmittel mit 21.694 Wagen mit 131.789 t befördert; für andere Parteien/verschiedene Güter, da 4118 Wagen mit 13.151 t befördert, ferner wurden 7065 t Gemüse mit 3788 Wagen befördert. An Postgütern wurden 108.340 t mit 49.568 Automobilanhängewagen befördert und hierbei 332.000 Wagenkilometer geleistet. Im Berichtsjahre wurde auch der Versuch unternommen, Zeitungen vom Expedit zur Bahn oder zu Ausgabestellen zu bringen, und es wurden mit 142 Wagen 2042 Wagenkilometer geleistet. Es hat sich dies aber als nicht weiter durchführbar erwiesen, weil die Erscheinungszeiten der Zeitungen ein regelmässiges Abführen unmöglich machen. Seit März 1918 werden auf der Strassenbahn auch Leichen befördert. Es wurden zusammen 1874 Leichen in 178 Wagen befördert. Für eigene Zwecke wurden 37.547 t mit 9535 Wagen verfrachtet und 219.354 Wagenkilometer geleistet. Ausser der gewaltigen Beförderung von 557 Millionen Menschen wurden mit 101.613 Nutzwagenfahrten 345.433 t befördert und hierbei 1.577.940 Wagenkilometer geleistet; es ist also die denkbar grösste Ausnützung des ganzen Wagenparkes zu verzeichnen. Die Betriebseinnahmen sind um 39'5 % gestiegen, diese Steigerung ist zum Teil auf die Steigerung der Zahl der beförderten Personen und auf die Fahrpreiserhöhung zurückzuführen, die im Berichtsjahre zur Auswirkung kam. Alle Fahrkartenarten sind um ein Viertel bis ein Fünftel gestiegen. Mit der Steigerung der Einnahmen hat leider auch die Steigerung der Ausgaben Schritt gehalten. Die Kriegsauslagen sind von 10'9 Millionen auf 30'2 Millionen gestiegen. Die Gesamteinnahmen betragen 117.793.564 Kronen, die Gesamtausgaben 101.160.919 K, so dass sich ein Reingewinn von 16.132.646 Kronen ergibt. Ich stelle den Antrag: Der Gemeinderat genehmigt den Verwaltungsbericht der Direktion der städtischen Strassenbahnen nebst der Bilanz der Gemeinde Wien - Städtische Strassenbahnen und der Gemeinde Wien - Städtische Automobil - Stellwagen Unternehmung für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918 mit dem ausgewiesenen Gebahrungüberschuss von 16.132.646 K; davon sind 91.284 K zur Deckung der Aufwendungen für Neuanschaffungen und Neuerstellungen, 282.238 K zur Tilgung des aus dem Anlehen vom Jahre 1902 89.949 K zur Tilgung des aus dem Anlehen vom Jahre 1908 und 1.404 K zur Tilgung des aus dem Anlehen der Stadt Wien vom Jahre 1914 bestrittenen Anlagevermögens, 2.000.000 K Demobilisierungskosten und Abfertigungen der Kriegsaus Helfer, 4.904.948 K zur Ueberweisung an die Erneuerungsrücklagen, 262.829 K für Bilanzremunerationen zu verwenden; schliesslich 8.500.000 K an die eigenen Gelder der Gemeinde Wien abzuführen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages und schliesse mich der Bemerkung des Berichtes, dass dieses Ergebnis dem unermüdlichen/Pflichteifer und Zusammenwirken der Angestellten aller Grade und Kriegerien zu danken ist, vollinhaltlich an.

GR. Deppler: Der vorliegende Bericht lässt bei uns gemischte Gefühle aus. So mannigfaltig auch die Beschwerden über den Strassenbahnverkehr im Laufe des Berichtsjahres waren, so muss zugestanden werden, dass unter schwierigen Verhältnissen der Betrieb aufrecht erhalten wurde und die Organe das Beste geleistet haben, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich war. Es wäre nicht recht, in einzelne Fragen einzugehen, denn die Sache liegt hinter uns. Wir müssen uns der Gegenwart und der Zukunft zuwenden und die Vergangenheit als abgetan betrachten. Ich sehe ein, dass es nicht möglich ist, alle Schäden im Strassenbahnverkehr auf einmal zu beseitigen. Aber es gibt Beschwerden, welche Uebelstände betreffen, die gleich berücksichtigt und beseitigt werden könnten. Seit der Zeit wo die Tramway teurer wurde, gibt es kein Zusammenpfropfen in der Tramway mehr, da der innere Raum leer ist, aber die rückwärtige Plattform ist so überfüllt, dass niemand aufsteigen kann. Desser Unfug soll nicht weiter geduldet werden. Fortwährend sehen wir, dass die Trittbretter mit 2 bis 3 Personen besetzt sind, was namentlich zu dem Zweck geschieht, um das Schwarzfahren leichter zu betreiben. Würde die Fahrordnung besser berücksichtigt werden, so würde dieser Unfug sofort ausgerottet sein. Ich will nicht Anwürfe gegen alle Bediensteten erheben, doch scheint es, dass in vereinzelten Fällen das Personal nicht den Willen oder den Mut aufbringt, Ordnung zu schaffen. Wo man aber in eigener Person die volle Freiheit geniessen will, muss man auch die vollen Pflichten des Dienstes ausüben. Es ist dringend notwendig, Vorkehrungen zu treffen, dass die Ordnung im Wagen, das Zusammendrängen der Personen im Inneren und das Freimachen der Plattformen und der Trittbretter ernst in die richtigen Wege geleitet werde. Es kommen aber auch andere Dinge vor. So bemerkte ich neulich in einem wenig besetzten Wagen, wie ein Fleischhauergehilfe in seinem Arbeitsgewand auf der rückwärtigen Wagenwand sass und die Füsse herunterhängen liess. Wie kommt der Fahrgast dazu, dass er sich von diesen herunterhängenden Stiefeln beschmutzen lassen muss. Jeder hat das Recht auf der Tramway so zu fahren, dass ihm seine Kleider nicht beschmutzt werden. In Hütteldorf weiter kann man sehen, wie ganze Baumstämme verladen werden oder an anderen Stellen, wie wieder halbe Möbel Ladungen auf der Tramway befördert werden und s.w. Ich habe nichts dagegen, wenn ein armer Lehrjunge seine schwere Last auf der Tramway fortbringt, aber bis zu einem gewissen Grade ist ein Unterschied zu machen, ob man ein Personen- oder ein Frachttransportmittel benützt. Es ist die Zeit gekommen, wo alles zusammenhelfen muss, die Ordnung wieder aufrecht zu richten. In strenger, aber vernünftiger Weise muss die Ordnung im Strassenbahnverkehr wieder gehandhabt werden. Und wenn nun durch den teuren Tarif eine Mangelerscheinung im Verkehre zu bemerken ist, kann das betreffende Organ leicht die Polizei im Wagen versehen und bewirken, dass die im Kriege eingeflossene Schlampe wieder aufhört. Es ist höchste Zeit, dass entsprechende Massnahmen getroffen werden. Denn man darf nicht nur teure Preise bieten, sondern man muss auch Gewähr leisten, dass jedermann und unbehindert fahren kann.

V.-Bgm. Emmerling bezeichnet in seinem Schlussworte die Beschwerden des GR. Deppler als richtig und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, dass die Direktion alles daran setzt, um den Wünschen der Fahrgäste Rechnung zu tragen. Die Bediensteten geben sich redliche Mühe, die Ordnung in den Wagen aufrecht zu erhalten, die aber sehr oft an der Indolenz der Fahrgäste scheitert. Die Anträge des Referenten werden angenommen.

Nach einem Berichte des V.-Bgm. Hoss werden für den Bau einer Schleppbahn, 2 Schlachthallen, und Rinderstallungen im Schlachthof St. Marx 3.600.000 Kronen bewilligt, wovon 2 Millionen in den bisher eingezahlten Ue-

berschüssen des sogenannten Markensertialfonds seine Deckung finden, während der restliche Betrag auf das Investitionsanlehen zu verweisen ist.

V.-Bgm. Hoss berichtet über die Abänderung der Statuten der Zentralsparkasse, betreffend die Einführung des Scheckverkehrs und über die Erwerbung von Feldbahnmateriale aus der Sabdemobilisierung. Die diesbezüglichen Anträge werden angenommen.

V.-Bgm. Hoss beantragt in seinem Berichte betreffend die Deckung der Kosten der Netzarbeit der Donau-Regulierungs-Kommission die Zustimmung zu geben, dass die Kosten der aus Netzarbeit verzehrenden Erweiterung der Freudener Hafenanlagen bis zum Höchstbetrage von 1,5 Millionen Kronen bewilligt werden, unter der Bedingung, dass auch der Staat entsprechende Beiträge leistet.

V.-Bgm. Hoss berichtet über die Erwerbung des Ziegelwerkes nächst der Station Ober-Laa der Donauländebahn um den Pauschalpreis von 720.000 K. Das Ziegelwerk ist in der Lage jährlich 4 Millionen Ziegel zu erzeugen und kann die Erzeugungsfähigkeit durch Tiefbau noch gesteigert werden, so dass die Gemeinde Wien bei dem Kauf keinen Schaden erleiden wird. Die Anträge des Referenten werden angenommen.

Nach einem Berichte des V.-Bgm. Hoss werden für die Erhaltung der Aquadukte des Rohrnetzes und der Baulichkeiten der Hochquellenleitung 60.000 K bewilligt.

VB. Winter berichtet über die Aufnahme des Personales für den Betrieb des Jugendheimes Pettendorf.

GR. Schwarz-Hiller wünscht, dass bei der Aufnahme nicht ausschliesslich Führerinnen aufgenommen werden müssen, welche Prüfungen abgelegt haben, sondern es mögen auch praktische im Erziehungsfach bewanderte Frauen, mindestens in der ersten Zeit Berücksichtigung finden.

Berichterstatter VB. Winter bemerkt, dass bezüglich der Kinderfürsorge die Gemeindeverwaltung noch immer Erfahrungen sammeln, um den besten Weg zu finden. Die Anregung des Vortragenden sei sicherlich sehr beachtenswert.

Dem Vereine Heilanstalt Alland wurde eine Subvention von 40.000 Kronen bewilligt.

Nach einem weiteren Antrage des VB. Winter wird der Bericht des Jugendamtes über die Benützung des Augartenpalais für Zwecke der Jugendfürsorge genehmigt. Das Palais wurde bis zum Herbst der Gemeinde unentgeltlich überlassen. Zu dieser Zeit wird dann ein Abkommen wegen weiterer Benützung zwischen Hofräar und Gemeinde getroffen werden. Für die Verpflegung der Kinder, insbesondere jener des Durchzugsheimes wird vorläufig ein Betrag von 50.000 Kronen genehmigt.

GR. Hötter: Es ist selbstverständlich, dass ich nicht gegen das Referat bin, ich habe aber nur einige Bedenken vorzubringen. Das Augartenpalais ist ein historisches Gebäude und für uns Wiener interessant als Erinnerung an Josef II. Ich möchte als Geschichtler bitten, dass das historische Gesamtbild des Palais im Interesse des Fremdenverkehrs erhalten bleibt und wenn schon Adaptierungen vorgenommen werden, mögen nicht die Innerräume leiden. Ich möchte nur erinnern an die alten historischen Stätten in Frankreich, wie an Versailles, Saint Germain, u.s.w., die alle noch mit ihrem Urzustand erhalten sind. Wenn wir mit solchen Dingen anfangen, so befürchte ich, dass Sachen angerichtet werden, die nicht im Vergleiche stehen mit dem Zweck. Wir schlagen ein System ein, das alles wegwischt, was an die gute alte Zeit erinnert. Ich bin gegen die Errichtung des Jugendzentrums für den II. Bezirk, da ich das in der Augartenstrasse gelegene Augartenpalais nicht als günstigen Platz betrachte. Ich bin mit allem einverstanden, ich verlange nur die Sicherung des Gebäudes und der Gartenanlage und hege nur Bedenken gegen die Errichtung des Durchzugsheimes und frage den Referenten, um was es für Kinder es sich handelt. Gleichzeitig bemerke ich, dass seitens der sozialdemokrati-

schen Partei für Ende Juli oder Anfang August im Augarten ein Fest geplant sei, zu dem niemand anderer Zutritt haben soll. Ich stelle aber fest, dass dies im Widerspruch steht mit dem an Tere des Augarten prangenden Worten Kaiser Josefs: „Allgemeiner Erlustigungsort“

V.-Egm. Winter betont in seinem Schlussworte, dass auch dem Jugendamt daran gelegen sei, das histwische Bild des Palais festzuhalten und antwortete auf die Anfrage des GR. Retter, dass es sich im Duffzugheim um ~~bedach-~~lose, krüppelhafte, entgleiste Kinder handle, die bei den Eltern nicht den natürlichen Schutz finden können und hier solange untergebracht werden sollen, bis sie in eine Anstalt aufgenommen werden können. Die Baukünstler der Stadt Wien sind die richtigen Leute, auch den historischen Anforderungen genau zu entsprechen. Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

Nach einem Antrage des VB. Winter werden die ^{restlichen} Subventionsansuchen für das Jahr 1918 genehmigt.

Str. Breitner berichtet über die Aufnahme einer Schatzscheinanleihe im Betrage von 200. Millionen Kronen. Er weist darauf hin, dass die Budgetdebatte mit dem Beschluss geendet hat, das Defizit von 198. Millionen Kronen im Wege einer Kreditoperation zu decken. Bei der Kreditbeschaffung musste angesichts der ganz ausserordentlichen Verhältnisse in einer Weise vorgegangen werden, die bisher nicht üblich war. Es waren weder in politischer, noch in wirtschaftlicher Beziehung jemals ähnliche Zustände wie jetzt vorgefallen diese Dinge mussten berücksichtigt werden, Die Aufnahme einer langfristigen Anleihe war nach der Beurteilung des Verhergesagten im gegenwärtigen Augenblick unmöglich und selbst wenn es gelungen wäre, so wäre es nicht empfehlenswert gewesen diesen Weg zu gehen, Es war daher die Form einer Schatzscheinanleihe vorzuziehen, und eine Klärung der Verhältnisse abzuwarten. Es muss betont werden, dass sich keine andere Körperschaft unter den gleich günstigen oder noch günstigeren Bedingungen hätte Geld verschaffen können. Die zweijährige Schatzscheinanleihe wurde gewählt, so dass es nicht notwendig ist, während des Verwaltungsjahres für die definitive Unterbringung sorgen zu müssen. Die Verzinsung, die sich auf 5 % Netto stellt, kann als ^{die günstigste} angesehen werden, ^{da Wien sonst unerschwinglich ist.} ^{zum ersten Male hat die Gemeinde Wien den Typus einer reinen Defizitanleihe vor sich, Es war am besten, dass den Finanzleuten klarer und reiner Wein eingeschänkt wurde. Der Aufnahme der Anleihe sind auch gewisse günstige Momente zu Hilfe gekommen, die einerseits darin liegen, dass die Gemeindeverwaltung mit energischer Kraft an die Sanierung der Unternehmungen geschritten ist, womit sie das Vertrauen in ihre Wirtschaft gefestigt hat, andererseits ist das Vertrauen darin gelegen, dass die Budgetdebatte und die Beratung des Voranschlages in so sachlicher und würdiger Weise vor sich gegangen ist und dass auch dadurch zum Ausdruck gebracht wurde, dass die grossen Parteien zusammenarbeiten im Interesse der Gemeinde. Der Referent ersucht um Annahme seines Antrages, von dem er glaubt, dass er als günstig, ja als ^{die günstigste} bezeichnet werden kann, ^{da zur Zeit überhaupt unerschwinglich ist.}}

GR. Dr. Kienböck: Die Anleihe soll dazu dienen, das Defizit, das bei der Budgetdebatte uns vom Herrn Berichterstatter mit 401 Millionen Kronen errechnet werden ist, zu demjenigen Teil zu decken, den wir mit zu decken können hoffen, aus den Ueberweisungen des Staates und aus denjenigen Einnahmequellen, die der Staat uns zugänglich gemacht hat. Es ist notwendig, sich zu fragen, ob die Ziffer von 401 Millionen Kronen tatsächlich das Defizit erschöpft. Es ist neuerlich uns einiges bekannt geworden, wass darauf schliessen lässt, dass das Defizit höher sein wird. Wir haben in den letzten Tagen gehört, dass die Gemeinde unbedingt genötigt sein wird, zu dem Defizit des Krankenanstaltenfonds im bedeutenden Masse beizutragen. Die Verhandlungen sind noch nicht soweit fortgeschritten, dass man konkrete Angaben machen kann und es lässt sich der Anteil der Gemeinde Wien an diesem jährlichen Defizit noch nicht genau angeben. Er wird aber ~~mindestens~~ mindestens 20 Millionen Kronen

jährlich ausmachen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als diesen Teil des Defizites durch die Anleihe zu decken. Ich habe dem Gemeinderate früher nicht angehört, aber wie diejenigen Freunde, die länger dieser Körperschaft angehören, mir mitteilen, hat die damalige sozialdemokratische Opposition gegenüber der christlichsozialen Mehrheit folgenden Standpunkt eingenommen: Wenn man Gebühren erhöht hat, so hat es geheissen, es darf nicht geschehen, sondern es muss eine Anleihe aufgenommen werden und wenn eine Anleihe aufgenommen worden ist, hat es geheissen, das ist eine Schuldenwirtschaft. Es wäre eine billige Retourkutsche, wenn ich jetzt auch darauf hinweisen würde, dass das eine Schuldenmacherei ist. Gewiss, es bleibt nichts anders übrig. Allerdings hätten wir gerne gewünscht, über manches Aufschluss zu erhalten. Eine wichtige Post, die bei Beurteilung des Defizites in Betracht kommt, ist z. B. der Ausfall der Strassenbahn. Wir haben damals aufmerksam gemacht, dass die Erhöhungen der Tarife ihre Erwartungen nicht erfüllen werden. Die Strassenbahnzüge sind zu manchen Tagesstunden direkt leer. Wir möchten wissen, ob der Ausfall an Frequenz grösser ist, als angenommen wurde. Ich bitte den Bürgermeister, uns von der Direktion ^{entw}enlich einen Bericht über die Eingänge seit dem 12. Juni vorlegen zu lassen, der von uns im Stadtrate und hier wiederholt urgirt worden ist. Bezüglich der Anleihe ist nicht zu leugnen, dass sich der Herr Berichterstatter, der Magistratsdirektor und die anderen Herren, die sich damit befasst haben, gewiss bemüht haben, das Günstigste für die Stadt Wien zu erreichen. Von den Banken haben wir zuerst andere Vorschläge bekommen, dann den Vorschlag, der sich auf Schatzscheine mit einjähriger Laufzeit bezogen hätte. Wir haben im Finanzkomitee sehr energisch Stellung genommen und verlangt, dass die Laufzeit eine mehrjährige, zu allermindest eine zweijährige sei und daran die Hoffnung geknüpft, dass die anderen Bedingungen dadurch nicht leiden werden. Die zweijährige Laufzeit ist erreicht worden, aber der Kurs ist um halbes % leider ungünstig gestellt worden. Ich bin weit entfernt zu behaupten, dass der Berichterstatter es hat an Mühe fehlen lassen. Der Kurs bei einer so kurzfristigen Anleihe ist kein so günstiger in Anbetracht der durch eine Jahrzehnte lange geäranete Wirtschaft gefestigten wirtschaftlichen Lage der Stadt Wien. Was den Zinsfuss angeht, hat der Referent gesagt, dass effektiv eine 5% Verzinsung zu unseren Lasten geht. Die Rechnung, die ich mir aufgestellt, kommt zu einem etwas anderem Ergebnis. Wenn wir in Betracht ziehen, dass die Anleihe vom 1. August läuft, dass wir aber die Gelder erst nach einer Reihe von Monaten werden in Anspruch nehmen können, und die Banken bis dorthin einen niedrigen Zinsfuss, der unser Guthaben verrechnet, als wir für die Schatzscheine zu zahlen haben, dass infolgedessen die Laufzeit der Anleihe soweit ^{als} sie von uns tatsächlich bezogen werden wird, nicht 2 Jahre, sondern etwa einundeinviertel Jahre getragen wird, die Rentensteuer auch zu unseren Lasten gehen, so kommt man zu einem Zinsfuss von $5\frac{1}{2}$ bis $5\frac{2}{3}$ %. Ich kann also gegenüber den Meinungen in der Presse nur darauf hinweisen, dass die Bank ihren Vorteil dabei nicht vergessen hat. Ich weiss nicht wie der Zinsfuss später sein wird, aber wenn der Zinsfuss 2% durchschnittlich sein würde, machen die Banken noch immer ein Geschäft von über $3\frac{1}{2}$ %. Es kann sein, dass es für die Banken noch günstiger sein wird. Die Tiroler Banken haben nach einer mir gestern zugekommenen Mitteilung beschlossen, Einlagen überhaupt nicht mehr zu verzinsen, weil sie mit Einlagen so gesättigt sind. Ich habe geglaubt, verpflichtet zu sein, auf diese Punkte hinzuweisen, damit es nicht den Anschein hat, als ob der Gemeinde Wien von der Hochfinanz mehr geleistet worden ist, als das werauf sie tatsächlich Anspruch besitzt. Wir werden für die Anleihe stimmen in der Hoffnung, dass die Gebahrung im Laufe dieses Verwaltungsjahres nicht nötigen wird, diesen Weg noch einmal zu beschreiten. Diese Erklärungen habe ich namens meiner Partei abzugeben gehabt. (Beifall rechts).

GR. Dr. Schwarz-Hiller: Ich werde für die Anleihe stimmen, weil ich im Prinzip für die Aufnahme einer derartigen Anleihe zur teilweisen Deckung

eines Defizites bin. In normalen Zeiten würde ich einen Betrieb, der Abgänge durch Anleihen deckt, für einen sehr schlecht geführten Betrieb ansehen. Wir haben jetzt ganz ausserordentliche Verhältnisse gehabt, wir haben 5 Jahre des entsetzlichsten Leidens hinter uns, wir wissen nicht, wieviele Jahre des Leidens uns noch bevorstehen und es ist moralisch gerechtfertigt, dass nicht die ganzen furchtbaren Lasten der Kriegszeit von der jetzigen Generation getragen werden, sondern von einer Reihe von Generationen, die von den Schrecken dieser Kriegszeit nur vom Hörensagen wissen werden. Dr. Kienböck hat schon auseinandergesetzt, warum die Banken bei dieser Anleihe kein Opfer bringen. Die Banken haben auf Kontokorrent und Girokonto den Zinsfuss im Lauf der Zeit derart herabgesetzt, dass er heute schon kein Zinsfuss mehr ist. Was den kleinen Sparer oder Geschäftsmann abgenommen wird, gibt die Bank neben als Darlehen. Jedenfalls haben der Referent die Beamten und die anderen Herren ihr Bestes daran gesetzt, um herauszuschlagen, was heraus geschlagen war, aber wir dürfen nicht vergessen, dass wieder einmal Riemen aus dem Mittelstand geschnitten werden und dass der Mittelstand die Kosten dieser Anleihe zumindest mitträgt. Wir müssen auch endlich darangehen in Finanzangelegenheiten den Übergang vom Krieg zum Frieden zu finden und unsere Finanzwirtschaft endlich zu regeln. Es wird notwendig sein, jene Einrichtung einzuführen, die ich als gemischte Senate bezeichne. Ich stelle den Antrag, dass der Gemeinderat den Magistrat beauftrage, in der allernächsten Zeit dem Stadtrat ein Projekt wegen Schaffung einer Finanzkommission vorzulegen. Ich schliesse mich dem Ansuchen des Kollegen Dr. Kienböck um Bekanntgabe der Eingänge bei der Strassenbahn seit dem 12. Juni an. Ich habe die Empfehlung, als ob wir uns speziell in Wien in einer Krise des Gemeindefinanzwesens der Municipalisierung der Betriebe befinden würden. Die Monopoltarife wirken wir indirekte Steuern.

Gegen die indirekten Steuern haben wir uns immer wegen ihrer Ungerechtigkeit gewährt, ebenso ist es bei derartigen Steuern, wie bei Strassenbahnen Gas und Elektrischem Licht, insbesondere aber bei der Strassenbahn, wo jeder schwer getroffen ist, der infolge seines Berufes dieselbe benützt. Die Finanzkommission hat auch die Aufgabe, sich mit dem Studium der gegenwärtigen Verhältnisse unserer municipalisierten Betriebe zu beschäftigen, denn wenn es so weiter geht, dass die Tarife immer grösser werden, werden sie allmählich zu einer solchen Besteuerung der Allgemeinheit auf indirektem Wege führen, dass man vor lauter Steuern keinen Ausweg mehr haben wird. Sie erhöhen die Lebensbedingungen. Die Betroffenen werden ihre Preise höher stellen, und der Kreislauf ist geschlossen. Wir können dann aus Steigerungen nicht heraus und das Geld hört auf Wertmesser zu sein. Zu Schlusse bemerke ich, dass es mich sehr erfreut hat, dass der Referent in seinem Referate feststellte, dass die Budgetdebatte unter allgemeiner Zustimmung durchgeführt und vom Gemeinderat einhellig das Budget angenommen wurde. In Zeiten der Not hat der Bürgersinn über alle Parteien gesiegt und in Zeiten der Not haben alle zum Wohle Aller Arbeit getan. Wenn unsere Situation jetzt auch traurig ist, so wird Wien auch diese Krise überwinden können und wenn sich alle als Wiener zusammenfinden und in der höchsten Eifer sich zum gemeinsamen Wohl zusammenfinden, so wird dies für die Gesundheit Wiens von Nutzen sein.

Der Referent Str. Breitner weist in seinem Schlussworte darauf hin, dass die Vorlage trotz der Konträrrede des GR. Dr. Kienböck die Annahme finden wird und dass unter den gegenwärtigen Verhältnisse, das Beste, was zu holen war, geholt wurde. Der Referent teilt die in der Debatte zum Ausdruck gebrachten Anschauungen, betont aber, dass er sich den Standpunkt der Reichspost nicht zu Eigen machen konnte, dass die Banken ihren Geschäftsstandpunkt ausser Acht gelassen haben, sondern man war sich

5

Keine Gemeindeabgaben. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Speiser über eine Anzahl neuer Abgaben in Steuern, welche die Gemeinde Wien in Ausführung von Beschlüssen, welche in der Budgetdebatte gefasst wurden, einführen soll. Die Anträge betreffen Billardsteuern, Abgaben für Equipagen und Reitpferde, wurden über Antrag der Christlichsozialen, nachdem noch nicht das Finanzkomitee beschäftigt hatten, vom Vorsitzenden V.-Bgm. Emmerling von der Tagesordnung abgesetzt und werden in der Freitagsitzung zur Beratung kommen. Die Gemeindeabgabe für Kraftwagen wurde gemäss dem Referentenantrage im folgenden Ausmasse beschlossen: Für Personenkraftwagen bis zu 10 Pferdekräften gelangt eine Abgabe von 500 K zur Einhebung, bis zu 20 Pferdekräften wird diese Steuer auf 1000 K, bis 30 Pferdekräfte auf 2000 K, bis 40 Pferdekräfte auf 4000 K, bis zu 50 Pferdekräfte auf 5000 K und bei mehr als 50 Pferdekräften auf 10.000 K festgesetzt. Ein Antrag des StR. Schmid, welcher für die untersten Gruppen nur eine Steuer von 200 bzw. 500 K in Vorschlag brachte, wurde abgelehnt. Das Ertragnis dieser Steuer wird voraussichtlich für Wien 3 Millionen Kronen betragen. Im Lande Niederösterreich wird die Steuer in demselben Ausmasse eingeführt werden und dürfte ungefähr 600.000 K einbringen. Mit dem Lande Niederösterreich wurde eine Vereinbarung getroffen, dahingehend, dass die Erträge der Autosteuer in Wien und in Niederösterreich zusammen geworfen und aus dem Gesamtertrage der Gemeinde Wien $\frac{3}{4}$, dem Lande Niederösterreich ein Viertel zugewiesen werden.

Der Antrag des StR. Speiser auf eine Fuhrwerksabgabe, die an Stelle der bisherigen Lizenzgebühren treten soll, wurde in folgendem Ausmasse angenommen: Für Fiaker und Automobile beträgt die Abgabe 300 K, für Einspanner mit Pferdebetrieb 150 K, und für Kleinfuhrwerker mit zugewiesenem Standpunkt 50 K. Ein Antrag des StR. Vaugoin, der beantragte, von der Einführung der Abgabe im Hinblick auf die schlechte Lage des Lokalfuhrwerkerstandes abzusehen, wurde abgelehnt. Der Referent begründete die Ablehnung mit der schlechten Finanzlage der Gemeinde Wien, die auf diese Einnahme nicht verzichten könne.

* * *

klar, dass man in einem kapitalistisch-wirtschaftlichen Staat lebt und dass die Banken ihren Nutzen machen. Der Nutzen wurde aber herabgedrückt. Der Referent betont, dass es ein beruhigendes Moment in der Anleihe sei, dass man tatsächlich noch den Kredit der Stadt Wien für einen erstklassigen Ansicht und dass man Bedingungen gestellt hat, wie sie einer anderen Körperschaft in diesem Staate oder Lande nicht gegeben werden wären. Es werden keine Opfer gesucht werden und wenn es notwendig ist, müssen auch sehr unpopuläre Massnahmen getroffen werden, um die Wirtschaft aufzubauen. Wenn gesagt wird, dass sich das Defizit erhöhen kann, so ist das im Bereiche der Möglichkeit gelegen. Redner warnt daher, dass die Gemeinde ein Drittel des Defizites des Krankenanstaltenfonds tragen soll. Diese Forderungen sind ganz und gar unannehmbar, da es unmöglich ist, dass die Gemeinde jährlich jährlich 20 Millionen zur Deckung des Defizites des Fonds beitragen kann. Der Bericht über die Einahme der Strassenbahn wird erstattet werden, doch dürfte er weder mit dem Budget noch mit der Anleihe im Zusammenhang stehen. Wenn der Ausfall noch ein grösserer werden sollte, so kann nicht der Weg gegangen werden, dass das Defizit der Unterrechnungen auf die Gemeinde übernommen wird. Redner weist auch darauf hin, dass ein grosser Teil der Betriebseinnahmen der Strassenbahn erst vom 1. Juli ab zur Geltung kommt, da von diesem Tage an die Strecken- und Zeitkarten in Rechnung zu stellen sind. Wenn gesagt wird, dass sich die Verzinsung etwas höher als auf 5 % stellen wird, so ist dies richtig. Ein Mitglied der christlichsozialen Partei ist sogar mit dem ersten Vorschlage der wesentlich ungünstigere Bedingungen erhielt, einverstanden gewesen. Es ist selbstverständlich, dass alles getan werden muss, um die

finanziellen Angelegenheiten der Gemeinde Wien zu ordnen, es ist aber auch bezeichnend, dass die Gemeinde trotz der traurigen Verhältnisse doch die Möglichkeit hatte, für die Bedeckung vorzusehen und dass der Kredit der Stadt Wien als ein gesicherter, als ein erstklassiger angesehen wird. Dass dieser Kredit auf der Höhe bleibt, das wird auch unsere Sorge sein, und wird die Zusammenarbeit aller Parteien notwendig haben.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten mit mehr als 80 Stimmen einstimmig angenommen.

StR. Breitner berichtet über die Erhöhung des Betriebsfandes der Elektrizitätswerke um 5 Millionen Kronen und seine Anträge werden angenommen.

StR. Dr. Grün berichtet über die Erhöhung der Verpflegsgeldern Versorgungsanstalten. Diese werden ab 15. Juli im Wiener Versorgungsheim und in den städtischen Versorgungsanstalten in Liesing, Mauerbach, St. Andree und Ybs mit 5 Kronen täglich und für das Bürgerversorgungsheim mit 7 Kronen täglich festgesetzt.

GR. Marie Wieseloh beantragt die Gleichstellung der Pfinglinge des Grundamtenhauses in der Leopoldstadt mit den Pfinglingen der anderen städtischen Versorgungsanstalten durch Erhöhung der Gebühr auf 5 Kronen.

StR. Grün schliesst sich in seinen Schlussworten den Ausführungen der GR. Wieseloh an, worauf die Referentenanträge angenommen und der Antrag der GR. Wieseloh genügend unterstützt an den Stadtrat geleitet wird.

StR. Dr. Grün berichtet über die Erhöhung der Preise in den städtischen Bädern mit Ausnahme des Strombades Gänsehüfel, die mit 15. Juli in Kraft treten sollen. In seinen Ausführungen erklärt er, dass er billige Bäder als Kulturbedürfnis betrachte und seine Partei nur schweren Herzens dem Berichte des Magistrates sich zugewandt habe, der festlegte, dass die Badepreise im vorigen Jahre 1,225.626 Kronen betragen haben, denen ab 1. Mai 1915 4,109.060 Kronen als Ausgaben gegenüberstehen. Der Magistrat stehe auf dem Standpunkte, dass derartige grosse Opfer nicht von der Gemeinde gebracht werden können, doch hat der Finanzreferent meinen Anregungen eingeneigtes Ohr geliehen, indem er sich einverstanden erklärte, dass wir von der Preiserhöhung jener Bäder, welche für die ärmere und arbeitende Bevölkerung in Betracht kommen, Abstand nehmen, wodurch das Defizit auf 1 1/2 Millionen Kronen steigt. Die Luxus- und Klassenbäder, welche von den Wohlhabenden benutzt werden, wurden entsprechend erhöht, weil in den privaten Badeanstalten die Preise während des Krieges ebenfalls bedeutend höher geworden sind, wobei jedoch die neuen Preise der städtischen Bäder noch immer nicht an jene der privaten Anstalten heranzureichen.

GR. Bermann: Wir sind uns klar, dass der Gebührungsabgang bei den städtischen Bädern für uns nichts anderes bedeutet, als einen Betrag seitens der Gemeinde unter dem Titel „Volksgesundheit“ oder „Volkswohlfahrt“ zu leisten. Hierzu ist die Gemeinde verpflichtet. Wir sind uns darüber klar, dass wenn die Erhöhung notwendig war, auch trotz der Erhöhung ein Defizit übrig bleiben muss, wie es der Fall ist. Ich muss aber den Herren sagen, dass es in Wien eine ganze Reihe von Privatanstalten gibt, die mit Erhöhungen während der Kriegszeit vorgegangen sind und ein ganz lukratives Geschäft machen, vorausgesetzt, dass sie nicht der Ungunst der Witterung ausgesetzt sind und auch im Winter ihren Betrieb aufrecht erhalten können. Diese Bäder haben immer Reingewinn abgeworfen und es wird daher unsere Pflicht sein, diese zu kommunalisieren. Mit Befriedigung nehmen wir zur Kenntnis, dass von einer Erhöhung der Preise für die Volksbäder Abstand genommen wurde. Ich will nun die Aufmerksamkeit auf einen anderen Punkt lenken. Unter dem Titel

Strombäder führen wir bloss 4. Das bei der Augarten-, Sphien- und Kaiser-Josefbrücke und Hüsseldorf. Die Strecke zwischen der Augartenbrücke und der Sphienbrücke erscheint mir viel zu weit zu sein und deshalb stelle ich den Antrag, etwa bei der Aspernbrücke ein neues Strombad zu errichten, um den Bedürfnissen der Bewohner der 3 ersten Bezirke Rechnung zu tragen, die jetzt bis zur Sphienbrücke oder bis ans Gänsehüfel fahren müssen. Bei Errichtung dieses Strombades wäre ein Platz bei der Ferdinandsbrücke in Aussicht zu nehmen. Wir müssen auch diese kleine Erhöhung des Defizits tragen, da wir einer Notwendigkeit gerecht werden müssen.

GR. Josef Müller bemerkt, dass die Erhöhung im Bezirk Mödling besonders hart treffe, weil er kein Volksbad habe. Wenn der Referent glaubt, dass die gemischten Bäder nur von Wohlhabenden besucht werden, so ist das ein Irrtum. Ich gebe zu, dass eine Erhöhung vorgenommen werden soll, aber die vom Stadtrat vorgeschlagene geht zu weit. Es kommt ja oft vor, dass ein Arbeiter ein 1. Klasse oder ein Extrabad benützt, weil er keine Zeit zum Warten hat, da ja die übrigen Klassen stets überfüllt sind. Der Redner beantragt, nur eine 100 %ige Erhöhung eintreten zu lassen.

GR. Angeli bezeichnet die Steigerung von K 1.50 auf K 4.- als viel zu weitgehend. Wohlhabende Kreise gehen nicht in die kommunalen Badeanstalten, sondern diese suchen die in Wien befindlichen Privatbäder auf, für deren Sozialisierung, wie GR. Bermann ausgeführt hat, er vollständig eintrete. Er stimmt dem Antrage des GR. Müller zu und regt an, auf den verschiedenen der Gemeinde Wien gehörigen Gründen in der Umgebung der Stadt Seenan- und Luftbäder zu errichten.

Berichterstatter StR. Dr. Grün erklärt, dass er als Arzt unbedingt für die Forderung eintreten würde, dass die städtischen Bäder für die Armen ganz unentgeltlich seien. Als Mitglied des Stadtrates habe er jedoch pflichtgemäss das Referat zu erstatten und sei auch selbst der Ansicht, dass eine Differenzierung der Bedürftigen und Wohlhabenden eintreten müsse. StR. Müller, der ein regelmässiger Besucher des Mödlinger Bades ist, werde sich doch nicht zu den Armen Taufeln zählen. Dass einmal ein Arbeiter ein 1. Klasse benütze, dürfe doch nicht zum Anlass genommen werden auch die wohlhabenden Kreise dieser billigen Preise teilhaftig werden zu lassen. Wir werden den gesundheitlichen Verhältnissen in weitestem Masse Rechnung tragen, dazu brauchen wir aber finanzielle Mittel. Wir haben die Preise für die Volksbäder bereits ganz unverändert gelassen, das zeigt, dass wir die ärmere Schichten in weitestem Masse berücksichtigen. Der Berichterstatter erklärt schliesslich, es sei vorgesehen, dass nach einer gewissen Zeit eine Revision der Preise vorgenommen werden.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des StR. Josef Müller wird zur Abstimmung geschritten, bei der die Referentenanträge angenommen und die Gegenanträge abgelehnt werden. Der Antrag Bermann wird unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

Nach einem Berichte des StR. Kokrdas wird die Mietung von Räumen im Hause I., Seitzergasse 1 für die Kehlenabteilung des Bezirkswirtschaftsamtes um den Jahreszins von 30.000 K genehmigt.

Nach einem Berichte des Stadtrates Kokrdas wird die Direktion der städtischen Leichenbestattung ermächtigt, namens der Unternehmung die Haftung für den dem Wirtschaftsvereine ihrer Angestellten seitens der Anglo-Oesterreichischen Bank eingeräumten Kredit bis zum Betrage von 250.000 Kronen zu übernehmen.

die Organisation selbst erscheint wirklich vertragsbrüchig und nicht mehr vertragfähig. Ob das ein erstrebenswerter Zustand ist, überlasse ich ihrer Beurteilung.

Die Gemeinde ist sich selbst schuldig, sich nicht solchen Dingen auszusetzen, sie soll keine Kollektivverträge abschliessen, von denen sie nicht weiss, ob sie in nächster Woche noch Geltung haben. Kollektivverträge dürfen nur auf Treu und Glauben abgeschlossen werden und wenn es das nicht gibt, trifft man seine Entscheidungen unter dem Druck der Verhältnisse, die dann so lange andauern, als die Verhältnisse dieselben bleiben.

Um solche weitere Zwischenfälle zu vermeiden, beantrage ich, dass der Herr Bürgermeister in zweifacher Weise abstimmen lässt, und zwar über die grundlegenden Fragen des Kollektivvertrages überhaupt und dann über die wesentlichen Bestimmungen des Kollektivvertrages, gegen die zu stimmen für uns keine Veranlassung vorliegt.

Berichterstatter StR. Weigl: Beim Gaswerk ist ein Vertragsbruch nicht erfolgt, sondern im Gegenteil, es ist eingelöst worden, was bei den Vertragsverhandlungen auf spätere Zeit verschoben worden ist. Dasselbe ist auch bei den Elektrizitätswerken geschehen. Prinzipiell wurden bei den Vertrauensmännern der Gasarbeiter erklärt, dass das Quartiergeld momentan nicht in Vertrag aufgenommen werden kann, es wurde ihnen aber die Zusicherung gegeben, dass, wenn eine gerechte Regelung der Quartiergeld bezüge der Arbeiter Platz greift, auch für sie das Quartiergeld bewilligt wird.

GR. Kunschak: Es ist sehr bezeichnend, dass über diesen Zusatz im Gemeinderat nicht referiert worden ist.

StR. Weigl: Ich weiss dies nicht, ich habe nicht referiert. Was die Kollektivverträge betrifft, so sind wir der Meinung, dass auch im Gemeindebetriebe die Arbeiterschaft das Recht hat, sich von Zeit zu Zeit ihre Löhne so zu regeln, dass sie den ihrer Kollegen in der Privatindustrie wenigstens ähnlich sind. Darin stimme ich dem Kollegen Kunschak zu, dass jede Organisation, die Verträge schliesst, für die Einhaltung der Verträge zu garantieren hat. Die Gewerkschaften haben auf diesem Gebiete wirklich hervorragendes geleistet.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Kunschak, den Titel „Kollektivvertrag der städtischen Leiharbeiter“ zu streichen, abgelehnt, der Antrag des Berichterstatters selbst einstimmig angenommen.

236- Hiemit ist die Tagesordnung erschöpft und die Sitzung wird geschlossen.

Verhältnisse.

es erwiesen,